

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

36. Jahrgang / 225

25. November 1981

Hans-Jürgen Wischnewski MdB,  
Vorsitzender des Arbeits-  
kreises Außen- und Sicher-  
heitspolitik der SPD-Bundes-  
tagsfraktion, zum Abschluß  
des Breschnew-Besuchs: Im  
Interesse des Friedens ge-  
meinsamer Wille zur Part-  
nerschaft. Seite 1

Helmut Rohde MdB fordert  
für die beschäftigungspo-  
litische Diskussion auf dem  
Münchener Parteitag: Betrof-  
fene einbeziehen. Seite 3

Uwe Holtz MdB kritisiert,  
daß ein deutscher Botschaf-  
ter nach El Salvador ent-  
sandt werden soll: Eine un-  
verdiente Ehre. Seite 4

Hans-Günter Naumann MdL  
schildert, wie sich Bayerns  
Staatsregierung um die För-  
derung der Friedensfor-  
schung drückt: Trauerspiel.  
Seite 5

Horst Sielaff MdB stellt  
Fragen zu einem öffentli-  
chen Militärgelöbnis in ei-  
nem Privatbetrieb: Die  
richtige Form? Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

### Im Interesse des Friedens

#### Gemeinsamer Wille zur Partnerschaft

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-  
politik der SPD-Bundestagsfraktion

Die deutsch-sowjetischen Gespräche in Bonn haben nicht nur für die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen, sondern für das Ost-West-Verhältnis insgesamt positive Ergebnisse gebracht. An dem ernsthaften Willen der Sowjetunion, bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen zu wesentlichen Reduzierungen bereit zu sein, gibt es keinen Zweifel. Die Chancen für erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen sind größer geworden. Auch die Vereinigten Staaten haben die sowjetische Bereitschaft zu einer einseitigen Vorberereitung bei der Reduzierung ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen als Anzeichen dafür gewertet, daß die Verhandlungen in Genf mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können. Gespräche wie sie in den vergangenen drei Tagen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geführt wurden, können und sollen die Verhandlungen zwischen den beiden großen Nuklearmächten der Welt nicht ersetzen oder vorwegnehmen. Dem Bundeskanzler ging es in erster Linie darum, bestehendes Mißtrauen abzubauen zu helfen, damit der Weg für Verhandlungen frei wird. Dies ist ihm gelungen und sein ebenso ehrliches wie beharrliches Werben um gegenseitiges Verständnis der Sorgen um Stabilität und Sicherheit hat entscheidend dazu beigetragen, den schwer erschütterten Ost-West-Dialog wieder in Gang zu setzen.

Die Bundesrepublik und die Sowjetunion sind Partner unterschiedlicher Größenordnung. Sie gehören verschiedenen Bündnissystemen an. Beide Staaten haben jedoch anerkannt, daß im nuklearen Zeitalter Stabilität und Frieden nur miteinander, nicht gegeneinander erreicht werden können. Sie sind bei allen Unterschieden einer gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft verpflichtet, die Vertrauen, gegenseitiges Verstehen und Redlichkeit im Umgang miteinander zur Grundlage hat.



Der dritte Besuch des Generalsekretärs der KPdSU in der Bundesrepublik hat gezeigt, daß der ehrliche Umgang miteinander Früchte trägt. Dies ist auch den humanitären Problemen zugute gekommen, die im deutsch-sowjetischen Verhältnis noch zu lösen sind. Wir können davon ausgehen, daß Fragen der Familienzusammenführung und der Ausreise im Gespräch miteinander lösbar sind.

Helmut Schmidt hat in seiner Tischrede am Montagabend in der Godesberger Redoute erklärt:

"Es ist unsere gemeinsame unabdingbare Pflicht, dazu beizutragen, daß unsere Völker nicht nur für die restlichen 18 Jahre dieses Jahrhunderts in Frieden miteinander leben können, sondern daß sie auch für das nächste Jahrhundert die friedliche Zusammenarbeit begründen. Das nächste Jahrhundert muß gegründet sein auf den Respekt voreinander und vor den Lebensformen, die wir uns gegeben haben."

Der Wille zum Frieden war auch auf sowjetischer Seite spürbar.

Generalsekretär Breschnew hat in seiner Antwort gesagt:

"Was uns auch teilen möge, Europa bleibt unser gemeinsames Haus. Die Gemeinsamkeit der Geschichte verband uns jahrhundertlang, ja sie verbindet uns auch heute."

Die Grundlage dafür, den Frieden in Europa dauerhaft zu sichern, liegt in der Zusammenarbeit auf möglichst breiter Grundlage. Sie muß tägliche Praxis werden. Die deutsch-sowjetischen Gespräche sind Teil dieser notwendigen Zusammenarbeit zwischen Ost und West im Interesse des Friedens. Beide Seiten werden in Zukunft auch in Fragen der Rüstungskontrolle bilateral im Gespräch bleiben. Der Nutzen eines solchen Dialogs liegt auf der Hand. Er trägt dazu bei, Mißverständnisse auszuräumen und das nötige Vertrauen für Verhandlungen herzustellen.

Die Ergebnisse der deutsch-sowjetischen Gespräche in Bonn bestätigen die Wichtigkeit der Politik der Bundesregierung, in Krisenzeiten den Dialog nicht abbrechen zu lassen und beharrlich nach politischen Lösungen für Konflikte zu suchen, die die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und die Fortführung der Entspannungspolitik zu beeinträchtigen in der Lage sind.

Im gemeinsamen Kommuniqué über den Besuch heißt es: "...daß in der gegenwärtigen Weltlage Kontakte zwischen den führenden Staatsmännern in West und Ost besonders wichtig sind." Dies gilt besonders für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Beide Weltmächte haben eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit. Eine baldige Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Staats- und Parteichef wäre ein entscheidender Beitrag dazu, das Vertrauen in die Fähigkeit zur friedlichen Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen zu stärken.

(-/25.11.1981/ks/ca)

+ + +



Betroffene einbeziehen

Zur beschäftigungspolitischen Diskussion auf dem Münchner Parteitag

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Beschäftigungspolitik ist in den Vorbereitungen des nächsten Bundesparteitages der SPD in den Mittelpunkt gerückt. München wird also mehr sein als nur eine außenpolitische Starparade.

Die Frage, wie Menschen Arbeit finden und wie sich ihre Arbeits- und Lebensbedingungen entwickeln, wird 1982 zum Hauptthema der europäischen Innenpolitik. Das neue Jahr wird mit zehn Millionen Arbeitslosen in der EG und ständig weiter wachsenden Zahlen von Menschen ohne Arbeit beginnen. Daran kommt die Politik nicht mehr vorbei. Vor allem die wachsende Jugendarbeitslosigkeit wird zu politischem Druck in den Hauptstädten Europas führen. In ihr liegen Gefahren sozialer Ausgliederungen, indem Jugendliche in eine Lage geraten, Anschluß in ihre berufliche und soziale Zukunft zu verlieren. Die Protestbewegungen von Jugendlichen in Europa haben handfeste soziale Gründe.

Der Münchner Parteitag sieht sich der Aufgabe gegenüber, zu den Herausforderungen der 80er Jahre Stellung zu nehmen. Was wir heute wirtschaftlich und sozial erleben, ist nicht nur eine konjunkturelle Flaute. Das ist eine anhaltende Strukturkrise. Es geht um mehr, als nur über eine konjunkturelle Delle zu springen.

Es würde der SPD in der Sache und von ihrem Auftrag her gut zu Gesicht stehen, wenn in München in der Diskussion über die Zukunft der Arbeits- und Lebensbedingungen auch die Betroffenen selbst, die betriebstätigen Arbeitnehmer, zu Wort kommen würde. So könnte mit dem Parteitag ein beschäftigungspolitisches Forum verbunden werden, das Arbeiter, Angestellte und Praktiker der Industriepolitik einbezieht. Diese Diskussion mit den Betriebstätigen kann dazu beitragen, daß die Beschäftigungspolitik in München nicht zu einem Expertenstreit über ein "Papier" wird. (-/25.11.1981/hi/ca)



Eine unverdiente Ehre

Ein deutscher Botschafter in El Salvador machte uns zum Handlanger der Junta

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In El Salvador wird die Bevölkerung wie seit annähernd zwei Jahren durch Mord und Brandschatzung terrorisiert. Die Zahl der Toten dieses Jahres wird auf über 9.000 geschätzt; das Rechtshilfebüro der Erzdiözese San Salvador lastet 85 Prozent von ihnen den Sicherheitskräften der Regierung an.

An dem grausamen Gemetzel im Land hat sich also nichts geändert. Die Militärjunta hinter dem Präsidenten Napoleon Duarte ist nach wie vor bereit, ihre Macht mit allen Mitteln zu verteidigen, ja, sie will sie noch scheinlegitimieren lassen. Es besteht mithin kein Anlaß, daß die Bundesregierung ihre Haltung gegenüber dem Problem El Salvador ändert.

Trotzdem muß man erfahren, daß die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador wieder besetzt werden soll. Man muß erfahren, daß die Möglichkeit geprüft wird, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Regierung Duarte aufzunehmen. Man muß erfahren, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, die von der Junta vorgesehenen Wahlen als das zu kennzeichnen, was sie ganz offensichtlich sein sollen: Nichts als ein demokratisches Mäntelchen. Eine Abstimmung unter den Augen bewaffneter Soldaten, die Ermordung der Familien derjenigen, die gegen die Junta zu kandidieren wagen, lassen nicht den Schluß zu, daß es sich hier um freie, demokratische Wahlen handeln wird.

Eine derartige Richtungsänderung unserer Politik gegenüber El Salvador ist völlig unangemessen. Sie ist geeignet, den verbrecherischen und reaktionären Charakter der dortigen Machthaber zu verschleiern. Sie ist ein Schlag ins Gesicht Frankreichs, das erst im August gemeinsam mit Mexiko die in der demokratischen Revolutionsfront (FDR) zusammengeschlossene Opposition als eine repräsentative politische Kraft anerkannt hat, und das deshalb eine politische Lösung durch Verhandlungen fordert. Einer solchen Lösung wird die Junta nach ihrem "Wahlsieg" kaum zustimmen. Sie ist ein Affront gegen die Sozialistische Internationale, die sich zusammen mit anderen politischen Bewegungen seit langem um eine solche Verhandlungslösung bemüht.

Deshalb täte die Bundesregierung gut daran, über die Weisheit ihrer Entscheidung noch einmal gründlich nachzudenken. Ein deutscher Botschafter in San Salvador - das wäre eine unverdiente Ehre. Deutsche Beobachter bei den vorgesehenen Wahlen brächten einen ungerechtfertigten Anschein von Gerechtigkeit. Deutsche Entwicklungshilfe wäre eine Belohnung für eine Politik, die genau gegen die gerichtet ist, die wir unterstützen wollen: Die Armen, die wirtschaftlich Schwachen, die sozial Benachteiligten. Wir dürfen nicht einmal den Anschein erwecken, daß wir uns zu Handlangern einer Politik machen, die schon Zehntausende von Menschenleben gekostet und ein ganzes Volk ins Elend gestürzt hat. Es ist gut, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, zwischenzeitlich klargestellt hat, daß es vor der Beendigung des Bürgerkrieges nicht zu einer Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe an El Salvador kommen kann.

(-/25.11.1981/ks/ca)

+ + +



### Trauerspiel um Friedensforschung

Bayerns Staatsregierung bekommt das Geld angeblich nicht los

Von Hans-Günter Naumann MdL

Wollen täten wir schon - aber leider kriegen wir unser Geld nicht los. So läßt sich nach dem neuesten Stand die Haltung der Bayerischen Staatsregierung gegenüber der Friedensforschung zusammenfassen. Das Land Bremen soll nunmehr daran schuld sein, daß Bayern nicht - wie angeblich beabsichtigt - seine der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) 1979 gestrichenen 125.000 Mark Jahresbeitrag stattdessen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Verfügung stellt. Damit ist endgültig erwiesen, daß die Staatsregierung niemals wirklich die Absicht hatte, auch nur noch eine müde Mark für die Friedensforschung auszugeben. Mit einer Reihe von Täuschungsmanövern und der Beschaffung immer neuer Alibis hat sich die Staatsregierung ihrer Versprechungen entledigt.

Am 25. Juli 1979 hatte Strauß eine Schriftliche Anfrage versichert: "Der Austritt aus der DGFK erfolgte nicht, weil ein genereller Vorbehalt gegen jegliche Friedens- und Konfliktforschung bestünde. Es sind durchaus Fragestellungen denkbar, die im Rahmen dieser Forschungsrichtung wissenschaftlich zu untersuchen sind. Deshalb werden die bayerischen Mittel - ebenfalls für Zwecke der Friedensforschung - der Deutschen Forschungsgesellschaft künftig zur Verfügung gestellt." Alles ohne Wenn und Aber, ohne jede Bedingung.

Als ich Anfang 1981 das Kultusministerium brieflich an die Versprechungen von Strauß erinnerte, wurde mitgeteilt, daß im neuen Haushalt 81/82 keinerlei Mittel für die Friedensforschung vorgesehen sind. Die Kultus-Staatssekretärin führte in ihrem Antwortschreiben plötzlich eine neue Bedingung ein: Voraussetzung für die Vergabe der Friedensforschungsgelder an die Deutsche Forschungsgemeinschaft sei gewesen, "daß auch die anderen Länder ihre Mittel der DFG zur Verfügung stellen. Bisher war es jedoch nicht möglich, die hierzu erforderliche Mehrheit der Länder für diese Form der Forschungsförderung zu gewinnen".

Am 30. Juni 1981 beschloß der Landtag daraufhin, die Staatsregierung zu ersuchen, in Verhandlungen mit dem Bund und den Ländern die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Nunmehr teilte das Kultusministerium mit, die Deutsche Forschungsgemeinschaft habe sich zwar bereit erklärt, eine Sonderzuwendung des Freistaats Bayern entgegenzunehmen. Die hierfür erforderliche Zustimmung des Bundes und aller Länder (also nicht mehr einfach der Mehrheit) sei aber nicht zu erreichen gewesen: Das Land Bremen gebe seine Zustimmung nur für eine nicht zweckgebundene Finanzierung an die Deutsche Forschungsgemeinschaft. So sei es, bedauert der Kultusminister in kaum zu überbietender Heuchelei, nicht möglich, die bayerischen Gelder an die Deutsche Forschungsgemeinschaft zu geben.

Man stelle sich vor: Der Freistaat Bayern kann kein Geld für die Friedensforschung ausgeben, weil das Land Bremen eine angeblich notwendige Zustimmung versagt. Offenbar scheut sich die CSU-Staatsregierung nicht einmal, sich öffentlich lächerlich zu machen - nur um kein Geld mehr für die Friedensforschung ausgeben zu müssen.

Wenn es schon aufgrund irgendwelcher Paragraphen vorgeblich nicht möglich sein sollte, das Geld der Deutschen Forschungsgemeinschaft zukommen zu lassen - warum bemüht sich die Staatsregierung dann nicht, die Summe beispielsweise für ein Friedensforschungsprojekt einer bayerischen Universität auszugeben? Es gäbe zweifellos eine ganze Reihe von Möglichkeiten, dieses Geld sinnvoll für die Friedensforschung anzulegen. Aber wenn man nicht will, findet man eben auch nichts.

(-/25.11.1981/hi/ca)



### Die richtige Form? -----

Ein öffentliches Militärgelöbnis im Privatbetrieb als Muster für Partnerschaft

Von Horst Sielaff MdB

Am 24. November 1981 fand zum zweiten Mal eine Gelöbnisfeier der Bundeswehr in einem Industriebetrieb statt; vereidigt wurden rund 300 Soldaten des Jägerbataillons 471 Bexbach auf dem privaten Firmengelände der Firma Keiper in der pfälzischen Kleinstadt Rockenhausen.

Obwohl die SPD-Parteigremien des Ortes und Unterbezirkes, sowie die IG-Metall gegen diese neue Form der Gelöbnisfeier protestiert hatten und die Jungsozialisten mit örtlichen Friedensgruppen am Vortag der Vereidigung eine Protestveranstaltung durchführten, ließen sich weder der Betriebsrat der Firma noch der Kommandeur des Jägerbataillons oder die Firmenleitung von diesem Vorhaben abbringen. Sie hielten diese Veranstaltung für eine "sinnvolle Erweiterung ihrer jahrelangen guten Partnerschaft zwischen Betrieb und Bundeswehr".

Der Bundesverteidigungsminister selbst hält diese "neue Begegnungsform zwischen Wehrpflichtigen und Arbeitnehmern" für gut und beruft sich dabei auf seine Äußerungen auf der Diskussionsveranstaltung "Soldat und Gesellschaft: Dienst in der Bundeswehr, demokratisches Bewußtsein und Tradition" vom 24. April 1981, sowie auf eine gemeinsame Erklärung des ÖGB und der Bundeswehr vom Juli dieses Jahres.

Bundeswehr und Bundesverteidigungsminister sind sicherlich schlecht beraten, wenn sie gerade die unstrittenen Gelöbnisfeiern in privaten Industriebetrieben als "neue Begegnungsform zwischen Wehrpflichtigen und Arbeitnehmern" wählen und damit "die Verbundenheit der Soldaten mit den arbeitenden Menschen" dokumentieren wollen.

Die Bundeswehr täte gut daran, sich auf eindeutig demokratische Traditionen zu besinnen und nicht das feierliche Gelöbnis, ein "Eid ohne rechtliche Bedeutung" (Baudissin), als verbindendes Glied zwischen Soldat und Arbeiter hochzustilisieren.

Das Unverständnis und die vielen Proteste gegen diese neue Form der Gelöbnisfeier sollte den Verteidigungsminister veranlassen, noch einmal zu überprüfen, ob dieses die richtige Form der Begegnung und der beste Ausdruck für die Verbundenheit zwischen Militär und Arbeitnehmerschaft sind. Diese Art von Gelöbnisfeiern wird wohl eher die Distanz kritischer Gruppen unserer Gesellschaft zur Bundeswehr verstärken und diesen Bumerang sollte Apell vermeiden.

Diese Argumente erhalten besonders Gewicht, wenn man heute in den Zeitungen liest, was Oberst Horst Loch, Kommandeur der Heimatschutzbrigade 54, als Hauptredner den Rekruten ins Stammbuch geschrieben hat: In der Friedensbewegung fänden sich einträchtig "Kommunisten und Chaoten, progressive Pastoren, Pazifisten, Revoluter und Drückeberger". Kennzeichnet das etwa den Stand der Friedensdiskussion in der Bundeswehr? Soll das ein Beitrag zum inneren Frieden unseres Staatswesens sein?

Entsprechende Parlamentarische Anfragen wird der Minister beantworten müssen.

(-/25.11.1981/ks/ca)

+ . +

